

Fraktion Freie Wähler
im Gemeinderat
der Stadt Korntal-Münchingen

Datum: 16.02.2022

**Stellungnahme zur Haushaltssatzung 2023
und der mittelfristigen Finanzplanung 2023 - 2026**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Wolf, sehr geehrte Fachbereichsleiterinnen und Fachbereichsleiter, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, verehrte Vertreterinnen der Presse.

Seit nunmehr sieben Jahren ist Krise ein Dauerzustand. Auf die Flüchtlingskrise folgte die Coronakrise. Dann die große Zäsur mit dem Krieg in der Ukraine, der viele Menschen von dort fliehen lässt. Die vergangenen Jahre machten uns mehr als deutlich, wie abhängig wir von Waren, Rohstoffen und Energie in einer globalisierten Welt sind. All diese Faktoren mündeten letztendlich in eine Inflation, die wir uns noch vor einem Jahr nicht vorstellen konnten.

War es in den beiden zurückliegenden Jahren schon schwierig, einen belastbaren Haushalt für die Stadt aufzustellen, so gleicht er für das Jahr 2023 einer Reise in dichtem Nebel ohne Navigationsgerät. Schwer zu prognostizierende Steuereinnahmen und Kostenexplosionen in nahezu allen Bereichen machen einen soliden Plan fast unmöglich.

Bei seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 zeichnete der Beigeordnete Herr Noak wie schon im Vorjahr ein Szenario, das nachdenklich stimmt. Er bezeichnete in seiner Rede die haushaltspolitische Lage der Kommunen als Spiegelbild der aktuellen Weltgeschehnisse. Das ist richtig. Ein Blick in einen Spiegel hilft zudem, Handlungen und Projekte zu reflektieren und einen Blick nach hinten werfen. Ein Spiegel verstellt aber auch den Blick nach vorne – und der ist wichtig.

Noch finanziert sich die Stadt aus dem laufenden Betrieb, noch reichen Steuern, Gebühren und Erstattungen aus und im Sparstrumpf ist Geld aus besseren Tagen. Doch der Ergebnishaushalt zeigt über den gesamten Finanzzeitraum bis 2026 ein strukturelles Defizit auf, jährlich fehlen bis zu 3 Millionen Euro in der Kasse. Im Klartext heißt das, dass zwar die Mittel für laufende Verwaltungsaufgaben erwirtschaftet werden können, darüber hinaus für die geplanten Investitionen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen.

Und da die Liste mit Investitionen lang ist, geht die Rechnung sehr bald nicht mehr auf.

Investitionen sind dann nur noch über Kredite zu finanzieren, deren Zins und Tilgung aber auch erst mal zu erwirtschaften sind.

Es ist ja nicht nur die Vielzahl an Großprojekten, die zu bewältigen sind. Neben den originären Aufgaben einer Stadtverwaltung, die die gestiegenen Kosten für Unterhalt, Bauen, Energie und Personal in der Kasse spürt, kommen noch laufend neue Aufgaben und Vorgaben von übergeordneter Seite hinzu. Als Paradebeispiel gilt hier der Baubereich. Vorschriften, Standards und Normen sind in den letzten Jahren auf die schier unglaubliche Zahl von 20.000 angewachsen. Da ist der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab 2026 zu nennen oder die enormen Aufgaben und Ausgaben für Geflüchtete.

Alles zusammengenommen führte zu einem Positionspapier des Gemeindetags Baden-Württemberg, das dieser stellvertretend für alle Städte und Kommunen verfasst hat. Darin steht: **die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden hat ihre Grenzen erreicht, die Gesamtheit der staatlichen Leistungsversprechen ist nicht mehr erfüllbar.**

Was schon in der Klausurtagung zum Haushalt reifte, ist die Erkenntnis, dass es kaum Ansätze gibt, die gestrichen werden können. Alle Maßnahmen und Projekte haben ihre Berechtigung. Stehen für das Jahr 2023 ca. 8 Millionen im Investitionsplan, so sind es für das Folgejahr 18 Millionen. Weitere 28 Millionen sind bis zum Ende des Planungszeitraumes 2026 vorgesehen. Das ist nicht finanzierbar und damit bleibt nur die Verschiebung einzelner Projekte aus dem Planungszeitraum.

Das führt uns zu der Kernfrage: wie stabilisieren wir die städtischen Finanzen nachhaltig.

Damit kommen wir zum Bereich Wirtschaft: Ein Mittel, die Finanzen der Stadt langfristig zu stärken, ist die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete. Die Fokussierung liegt momentan auf dem Regionalen Gewerbeschwerpunkt - das Thema in Korntal-Münchingen. Seit zwei Jahren beschäftigt sich der Gemeinderat mit dem Für und Wider, hat Leitlinien erstellt und zusammengetragen, wie ein zukunftsfähiges Gewerbegebiet aussehen sollte. Das Projekt enthält viele wegweisende Komponenten.

Es gibt bestechende Argumente sowohl auf Seite der Befürworter wie auch der Gegner. Ganz entscheidende Aspekte bedürfen noch der Klärung. Wie viele künftige Bewohner? Wie realistisch ist schienengebundener ÖPNV? Wie sieht die Verkehrsanbindung während der Bauzeit und bis zur Realisierung des B10-Ausbaus aus? Oder Finanzfragen, um nur einige Beispiele zu nennen. Zweifel bestehen auch bei Befürwortern und diese Fragestellungen müssen beantwortet werden. Das uneinheitliche Bild spiegelt sich auch in der Fraktion Freie Wähler wider.

Der Infomarkt zum regionalen Gewerbeschwerpunkt, an dem sich die Bürger unserer Stadt informieren konnten, sehen wir Freie Wähler nur als den Anfang der Bürgerbeteiligung.

Doch unser Augenmerk muss darüber hinaus auf den schon vorhandenen Gebieten liegen. So suchen ortsansässige Betriebe Erweiterungsmöglichkeiten und an anderer Stelle weisen Leerstände auf Potential hin. Der Handlungsspielraum für eine Kommune ist begrenzt, da es

sich nicht um städtisches Eigentum handelt. Jedoch muss es Ziel unserer Wirtschaftsförderung sein, diesen Spagat zu überwinden. Auch Erkenntnisse, die wir aus den Diskussionen und Fachvorträgen zu dem regionalen Gewerbeschwerpunkt zogen, müssen hierbei einfließen. Bebauungsplanänderungen für die bestehenden Gewerbegebiete sollten auf den Prüfstand. Unsere Flächen sind begrenzt und vielleicht können wir mit angepassten Plänen mehr Potential aus dem Bestand schöpfen.

Unsere örtlichen Betriebe sichern uns ein solides Einkommen. Wir weisen in unserer Stadt zwar nicht die höchsten Gewerbesteuererinnahmen aus, doch durch eine gesunde Mischung zeichnen sie sich durch hohe Verlässlichkeit aus. Die Schwankungsbreite war bisher immer gering.

Gute Rahmenbedingungen für örtlichen Betriebe sehen wir als ganz wichtige städtische Aufgabe. Sie sind ein wichtiger Pfeiler zur Stärkung unserer Finanzen.

Weitere Einnahmequellen: Die Einkommenssteuer ist mit 16 Millionen die größte städtische Einnahmenquelle und übertrifft die Gewerbesteuer damit um 4 Millionen. Durch große Bautätigkeit in der Stadt wird sich diese Einnahme auch künftig maßgeblich für die Kassenlage erweisen. Jedoch mit Einschränkungen, denn mehr Einwohner bedeuten mehr Kapazitäten in Kindergärten und Schulen. Da kommt der Schulentwicklungsplanung und dem Masterplan Kinderbetreuung eine besondere Gewichtung zu. Im Prozess des Stadtentwicklungskonzepts erwarten sich Gemeinderat und Verwaltung Ergebnisse, die Rückschlüsse auf weitere Planungen zur Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen bringen sollen. Die Freien Wähler standen der konzeptionellen Erarbeitung eher kritisch gegenüber, da viele einzelne Komponenten schon zur Verfügung stehen. Bleibt abzuwarten, welchen Mehrgewinn wir erzielen.

Ein weiteres Mittel, um die Einnahmen der Stadt zu mehren, ist eher weniger beliebt: Die Erhöhung von Steuern und Gebühren. Die Grundsteuer bringt für die Stadt Einnahmen von 3,8 Millionen. Mit der Neubewertung der Grundsteuer muss der Hebesatz neu angepasst werden, da laut Definition die Einnahmen für eine Kommune nach der Neubewertung der gleichen Höhe entsprechen sollen.

Mieten und Pachten sind nach Auffassung der Freien Wähler dringend zu überarbeiten. Seit Jahren gab es hier keinerlei Anpassung für Wohnungen, die keine Fürsorgewohnungen sind. Der Abstand zum örtlichen Mietniveau ist groß.

Mit solchen Maßnahmen sanieren wir zwar nicht den Haushalt, aber sie tragen dazu bei und die Freien Wähler stellen hierzu einen Antrag, der Zustimmung fand.

Doppelstrukturen abbauen war im Vorjahr eines der Credos aus der Verwaltung. Das ist jedoch alles andere als einfach. Und das Beispiel Bücherei zeigt auf, wie schnell da die Wogen hoch aufschlagen. Der Gemeinderat hatte sich ganz klar positioniert und für den Erhalt beider Standorte gestimmt. Die fast unmittelbar darauffolgende verwaltungsseitige Forderung nach einer zusätzlichen Stelle für die Büchereien stieß dann aber auf Unverständnis und Ablehnung im Gremium. Zudem war geplant, in den nächsten drei Jahren

Selbstverbuchungsanlagen als Entlastung für die Mitarbeiter einzurichten. Hierzu stellten die Freien Wähler den Antrag, dies rasch in einem Zug umzusetzen, was Zustimmung fand.

Einnahmen durch mehr Gewerbe und höhere Steuern sind Mittel, um die Finanzkraft einer Kommune zu stärken. Auf der anderen Seite steht: Ausgaben reduzieren.

Mitarbeiter der Stadt: Die Personaldebatte nimmt bei Haushaltsberatungen grundsätzlich einen großen Stellenwert ein, denn mittlerweile liegen die Personalkosten bei einem Drittel der jährlichen Ausgaben. Der überwiegende Teil ist dabei Personal in den Betreuungseinrichtungen. Hier ist der Fachkräftemangel landesweit so eklatant, dass vielerorts Betreuungszeiten angepasst werden müssen. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an den Grundschulen wird die Situation noch viel angespannter werden. Damit werden wir alles tun müssen, damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unsere Einrichtungen entscheiden. Ein neues Werbekonzept für Auszubildende und Fachkräfte im Pädagogischen Bereich weist auf die Stärken und die Vielfalt unserer Einrichtungen hin.

Im Zuge der Haushaltsberatungen hat der Gemeinderat wieder einige Stellen, bzw. Aufstockungen beschlossen. Leider gestaltet es sich in der Praxis immer schwerer, Stellen zu besetzen und zu binden. Das führt zu Mehrbelastung bei den Mitarbeitern vor Ort, denen dann viel abverlangt wird. Wir plädieren erneut dafür, Bearbeitungsmuster und Abläufe auf den Prüfstand zu stellen.

Vakanzen, in denen Arbeit liegen bleibt, mehrfache Stellenausschreibungen, Einarbeitungszeit – dies alles bindet Ressourcen.

Zufriedene Mitarbeiter, die langfristige bei der Stadt arbeiten tragen auch zur Stärkung der Finanzen bei.

Auf die Debatte über die Personalstruktur des Bauhofes wartet der Gemeinderat schon zwei Jahre, der Handlungsbedarf ist dringend. Die Freien Wähler fordern hier eine überarbeitete Konzeption. Ebenso sehen wir Vorteile in einem Gerätebedarfsplan, analog dem der Feuerwehr. Wir sind gespannt auf die angekündigte Beratung.

Bautätigkeit und Stadtentwicklung: Wir bauen viel zu teuer! Dieser Vorwurf ist nicht neu und hat teilweise seine Berechtigung. So sieht sich der Gemeinderat oft in einer Zwangslage und Beschlüsse werden trotz hoher Kosten gefasst. Ausgehend von einer ursprüngliche Kostenschätzung erleben wir sehr oft bei tiefergehenden Planungsschritten unser blaues Wunder. Trotz stetiger intensiver Bemühungen um Einsparungen sind die Erfolge gering. Das betrifft Großprojekte wie Kita Korntal-West ebenso wie den barrierefreien Zugang zum Sportplatz Korntal oder die Umgestaltung am Bahnhof. Nicht nur bei letzterem hat das Gremium den Rotstift angesetzt, um dem Kostenlimit gerecht zu werden.

Die genehmigte Förderung zum Neubau einer Mehrzweckhalle in Höhe von 6 Millionen Euro übertraf unsere Erwartungen und war ein tolles Weihnachtsgeschenk. Damit rückt die

Realisierbarkeit näher und wir erwarten jetzt endlich die nächsten Planungsschritte. Ein Dank gebührt hier auch den Unterstützern von Bund und Land. Die bisherigen Verzögerungen betreffen ganz direkt die notwendige Sanierung der Sporthalle Münchingen. Da die Sanierung mit der Fertigstellung einer neuen Halle verknüpft ist, kann es noch Jahre dauern. Daher stellten die Freien Wähler den Antrag, die Abdichtung des Sporthallendaches vorzuziehen. Immer wieder kommt es zu Wassereintritten, die den Sportbetrieb behindern. Dem Antrag wurde insoweit zugestimmt, dass in einer Beratungsunterlage diese Maßnahme auf ihre Wirtschaftlichkeit betrachtet wird.

Im Sinne der Stadtentwicklung wurde schon viel erreicht, doch dies ist ein Prozess, der stetig in Gang gehalten werden muss. Ganz deutlich wird dies wohl im Stadtteil Münchingen, für den die Planungen zur Neugestaltung der Stuttgarter Straßen laufen. Die neuen Planungen ersetzen eine Konzeption, die schon lange in der Schublade schlummert. Damit zeigt dieser Fall ein Beispiel, wie Geld sinnvoll eingesetzt werden sollte: Planungen erst dann beauftragen, wenn die Realisierbarkeit sicher gewährleistet ist.

Gleichzeitig schreiten die Bauarbeiten zum Komplex Vollsortimenter mit kombiniertem Wohnungsbau voran. Zwei Projekte, die das Ortsbild entscheidend verändern werden.

Schon wiederholt wies ich an dieser Stelle auf die Chance hin, die wir Freie Wähler für den Ortsteil sehen: weitere Maßnahmen zur Hebung der innerörtlichen Qualität in Münchingen anzustoßen. Es gibt durchaus städtische Liegenschaften, auf deren Grund Ideen umgesetzt werden können. Die das Potential haben, mit Hilfe von Investoren Neues für den Stadtteil zu verwirklichen. Diese führte jetzt zu unserem Antrag, ein städtisches Grundstück zu veräußern, um dann dort mittels Investors einen Drogeriemarkt zu ermöglichen. Das von uns vorgeschlagene Grundstück erwies sich leider für Drogeriebetreiber als zu klein. An einer Lösung werden wir weiterarbeiten.

Die Stadt hat noch weitere, teils mindergenutzte Immobilien. Die Freien Wähler sehen dringenden Handlungsbedarf. Sei es, diese Objekte in die „Bürgergenossenschaft Wohnen“ einzubringen, sie für Infrastrukturmaßnahmen zu veräußern oder selbst zu nutzen. Klar ist jedenfalls, dass Nichtstun der Bausubstanz nicht zuträglich ist.

Auch in diesen Handlungsansätzen sehen wir ein Mittel, um die Finanzen der Stadt zu stärken. Also weitere Geschäfte und Wohnungen auf momentan nicht optimal genutzten Flächen.

Digitalisierung: Bei diesem Punkt kann ich mich nur wiederholen: Die Freien Wähler sehen hier einen Themenschwerpunkt. Die Digitalisierung wird zwar vorangetrieben, jedoch nicht in dem Maße, wie sich das die Fraktion vorstellt. In der kommunalen Verwaltung müssen Dienstleistungen, wo sie sinnvoll und machbar sind, digital ermöglicht werden.

Gebäudemanagement und Klimaschutz: Mit dem Klimaschutzpakt BW sollen Verwaltungen bis 2040 eine Vorbildrolle einnehmen und klimaneutral werden. Der Antrag für ein Klimabudget war unserer Fraktion zu vage. Für die Freien Wähler war die Benennung konkreter Maßnahmen unabdingbar. Ohne genaue Zielsetzung verliert sich

sonst vieles im Sande. Dem Gebäudemanagement unterliegt die Instandhaltung der städtischen Immobilien. In vielen Fällen handelt es sich da auch um Klimaschutzmaßnahmen. Für Unterhaltungskosten müssen ausreichend Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Doch die Höhe muss realistisch im Sinne der Leistbarkeit in der Umsetzung stehen.

Die kritische Preisentwicklung und Lieferengpässe bei Energie führte zu hohen Planansätzen, was durchaus berechtigt war. Die Lage entspannte sich, Lieferverträge erwiesen sich als sicher, der Ansatz blieb jedoch bestehen. Ein Antrag der Freien Wähler zur Höhe der Betriebskosten führte zu einer deutlichen Reduzierung des Haushaltsansatzes.

Der Aufgabenbereich Betreuung. Einen großen Teil im städtischen Aufgabenpaket nimmt die Betreuung unserer jüngsten Einwohner ein. Hohe Summen wurden in den zurückliegenden Jahren in den Ausbau und Umbau der Einrichtungen investiert und eine Vielzahl der städtische Mitarbeiter arbeiten hier. Der neueste Masterplan Kinderbetreuung zeigt ein differenziertes Bild für die einzelnen Stadtteile auf. Reichen die Betreuungskapazitäten in Münchingen und Kallenberg erstmal aus, klafft auf Korntaler Seite eine Lücke. Erste Abhilfe schafft ein Naturkindergarten der Diakonie in der Nähe des Schulbauernhofs. Mit der kleinen „Kleinen Arche“ erweitert sich das vielfältige Angebot um ein weitere interessante Alternative.

Sicherheit für alle: Neben der hervorragenden Arbeit, die unsere ehrenamtliche Feuerwehr in der Stadt leistet, rücken weitere Gefahrenpunkte in unseren Blick. Die Ereignisse des letzten Jahres machen sensibel. Hochwasserschutz ist seit Jahren ein Thema. Der Blick weitet sich auf die Sicherung relevanter Infrastruktur oder zivile Schutzräume, alles notwendig, doch arbeits- und kostenintensiv und erfordert sorgfältige Planung.

Wie ich Herrn Noak eingangs zitierte: die haushaltspolitische Lage der Kommunen ist als Spiegelbild zu den aktuellen Weltgeschehnissen zu sehen. Der Blick in den Spiegel, um unsere Handlungen und Maßnahmen kritisch zu reflektieren. Nur im Rückblick können wir sehen, ob die eingesetzten Haushaltsmittel auch verarbeitet werden konnten. Das lässt Rückschlüsse auf künftige Haushaltsplanungen zu.

Mit sorgfältigen Planungen stärken wir unsere Finanzkraft, schaffen Spielraum und einen soliden Haushalt.

Es ist leider nicht abzusehen, wie lange die vielfältigen negativen Entwicklungen auf die Wirtschaft und damit letztlich auf unsere Stadt einwirken. Trotzdem sollten wir nicht in grenzenlosen Pessimismus verfallen. Optimismus und der Wille, das Bestmögliche aus der momentanen Situation zu machen, muss unser Ziel sein.

Wir Freien Wähler werden gemeinsam mit dem Gremium und der Verwaltung zusammenarbeiten, um kluge und zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen, damit die Handlungsfähigkeit für unsere Stadt bestehen bleibt.

Die Freien Wähler stimmen der vorliegenden Haushaltssatzung 2023 zu.

Da aus der mittelfristigen Finanzplanung keinesfalls eine Verbindlichkeit entsteht, sondern die Festlegung den jährlichen Haushaltsplänen obliegt, können wir auch dieser unsere Zustimmung geben.

Wir danken Ihnen Herr Bürgermeister Dr. Wolf und den Damen und den Herren Fachbereichsleiter für die gute Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gebührt Frau Nolde und Herr Noak, sowie den Mitarbeitern in der Kämmerei, denn einen soliden Plan unter den momentan herrschenden Unsicherheiten aufzustellen, ist wahrlich nicht einfach. Das erkennen wir an. Ein Dankeschön möchte ich auch an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die gute Zusammenarbeit richten. Lassen sie uns weiterhin in fairen Diskussionen die beste Lösung finden.

Für die Fraktion Freie Wähler
Marianne Neuffer

Paul Blank _ Anne Föhl-Müller _ Marie Lynch-Nachtigall _ Steffen Müller _ Elli Ramsaier